

Was ist Inflation?

Viele Güter des täglichen Gebrauchs (Lebenshaltungskosten) werden laufend teurer. Dieser Preisanstieg wird als Inflation (bzw. Inflationsrate) bezeichnet. Dabei geht man von einem bestimmten Angebot an Gütern aus und vergleicht deren Preise im Zeitverlauf. Es wird ein sogenannter Warenkorb erstellt und die Preise der Güter, die in diesen Korb aufgenommen wurden, werden immer wieder verglichen. Der Verbraucherpreisindex gibt dabei das Ausmaß des Geldwertverlustes für den Konsumenten und die Konsumentin an.

Quelle: Politiklexikon für junge Leute

M1 Aus einem Bericht über den Demokratie Monitor 2022 (16.03.2023):

Beim Ergebnis sticht [...] unter anderem hervor, dass die Entspannung der Pandemielage für die jungen Menschen kaum Entlastung gebracht hat. Nach wie vor berichtet rund die Hälfte der Befragten von einer Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit, dazu kommt die Verschlechterung der finanziellen Situation durch die hohe Inflation. Vor allem jene, die schon vor der Pandemie wenig Ressourcen hatten, leiden stark unter den Krisenfolgen. Bei den dringendsten politischen Anliegen der jungen Menschen steht die Teuerung an erster Stelle – sie beschäftigt rund die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen. Dahinter folgen der Klimawandel, die Schere zwischen Arm und Reich (jeweils rund ein Fünftel) sowie der Krieg in der Ukraine (14 %). [...]

Mit der Familie, Freund:innen oder Kolleg:innen diskutiert rund die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zumindest einmal pro Woche über Politik. Die schulische politische Bildung wird von den jungen Menschen nach wie vor kritisch bewertet.

Quelle: Parlamentskorrespondenz

- 1 Diskutieren Sie die Ergebnisse des Demokratiemonitors (M1).
- 2 Vergleichen Sie die Ergebnisse mit Ihren Erfahrungen im Familien- und Freundeskreis. Wie sehr ist Inflation ein Thema, das Sie betrifft?

Macht uns die Inflation alle ärmer?

Pandemie bedingte Probleme mit den Lieferketten, der Krieg in der Ukraine, die Sanktionen gegen Russland und eine Reduktion oder gar Einstellung der Gas- und Öllieferungen durch Russland – die Folge sind zum Teil stark steigende Preise nicht nur an den Tankstellen oder auf den Heizungs- und Stromrechnungen, sondern auch im Supermarkt, bei Restaurantbesuchen oder bei Hotel- und Flugbuchungen.

Laut Statistik Austria lagen die Preise im März 2023 9,1 % über denen des Vorjahresmonats. Im Jänner 2023 lag die Inflationsrate noch bei 11,2 %. Wesentlich stärker stiegen die Preise für Strom und Gas (siehe M8) sowie Treib- und Brennstoffe (Energiepreise gingen zuletzt allerdings zurück), aber auch Lebensmittel. Jetzt gelten Mieten (siehe M3) und auch die Gastronomie als Inflationstreiber. Nach Prognosen der Österreichischen Nationalbank ist eine Rückkehr zu den niedrigen Inflationsraten der letzten Jahre (um die 2 %) in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich. Für 2023 erwartet sie eine Inflationsrate von 6,5 %.

M2 Inflation in Österreich im Februar 2023



Quelle: Statistik Austria, Grafik: APA

Die sozialen und politischen Folgen von Inflation und Energiekrise

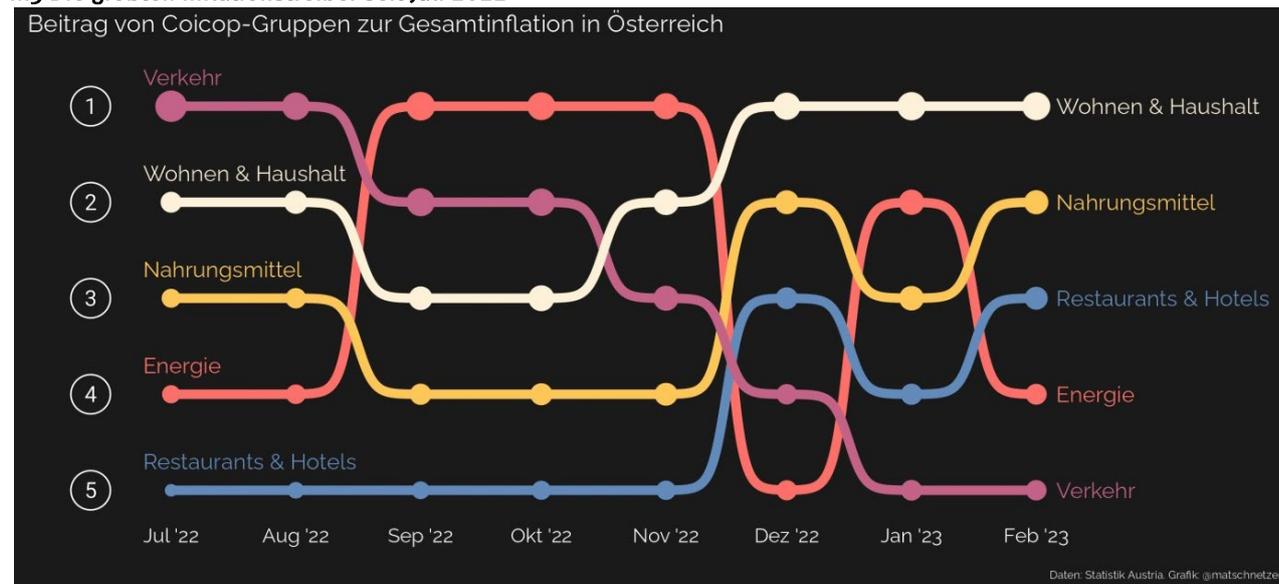
Die Pandemie und die zu ihrer Eindämmung getroffenen Maßnahmen (Lockdowns, Distance learning) stellten den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf eine harte Probe. Dazu kommen jetzt stark steigende Preise für Energie (Strom, Gas) und Lebensmittel. Laut Angaben der Statistik Austria lagen die Preise von Gütern des täglichen Bedarfs (erfasst im **Mikrowarenkorb**) im Februar 2023 gegenüber dem Vorjahresmonat fast 50 % über der der Inflationsrate, nämlich um 15,3 %. Das spüren die Menschen schmerzlich beim täglichen Einkauf von Grundnahrungsmitteln oder auch an den Tankstellen.

Schon jetzt warnen Expertinnen und Experten vor Wut und Unzufriedenheit, da Preissteigerungen für Lebensmittel, Energie und Mieten die Menschen ungleich mehr treffen als Pandemiemaßnahmen. Auch die Mittelschicht verliert mittlerweile an Kaufkraft. Das macht sich u.a. im steigenden Andrang in Sozialmärkten und einer Änderung im Kaufverhalten (z. B. Kleidung, Restaurantbesuche, Sportangebote, Thermen) bemerkbar.

Der **Mikrowarenkorb** misst die Preisentwicklung der Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, die mitunter erheblich von der allgemeinen Preisentwicklung abweichen kann. Das Inflationsempfinden der Bevölkerung wird mit diesem Warenkorb besser reflektiert als durch den VPI-Warenkorb.

Quelle: ÖNB

M3 Die größten Inflationstreiber seit Juli 2022



Quelle: Statistik Austria, Grafik: Matthias Schnetzer

M4 Aus dem Arbeitsklimaindex der Arbeiterkammer (Newsletter 4/22):

Wenn das Einkommen nicht reicht – 300.000 Beschäftigte sind armutsgefährdet

Die Inflation hat im November mit rund elf Prozent ein Niveau erreicht, das es in Österreich seit 70 Jahren nicht mehr gegeben hatte. Die steigenden Preise verunsichern fast alle Menschen, allerdings in sehr unterschiedlichem Maße. Während das reichste Prozent der Bevölkerung rund 50 Prozent des Vermögens besitzt, dieses ständig vermehrt und unbesteuert weitervererbt, rutschen immer mehr Menschen in die Armut ab. Mehr als 1,5 Millionen Menschen, das sind 17 Prozent der Bevölkerung, gelten schon jetzt als armutsgefährdet.

Dazu zählen mehr als 300.000 Kinder, ältere Frauen, Alleinerzieherinnen, Langzeitarbeitslose und Menschen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Immer mehr Beschäftigte verdienen in ihrer Arbeit so wenig, dass sie kaum oder gar nicht von ihrem Einkommen leben können. 45 Prozent der Arbeitnehmer/-innen in Österreich kommen kaum mit ihrem Lohn oder Gehalt aus, neun Prozent gar nicht. Somit sagt zum ersten Mal seit 2015 wieder eine Mehrheit der Beschäftigten in Österreich, dass sie von ihrem Arbeitseinkommen kaum oder gar nicht leben können. Mehr als die Hälfte von ihnen arbeitet Vollzeit.

Vor allem viele Frauen, die uns in systemrelevanten Berufen durch die Pandemie getragen haben, arbeiten in Jobs, von denen man kaum leben kann, wie etwa Reinigungskräfte, Verkäuferinnen oder Pflegerinnen. Auch in der Gastronomie und im Tourismus sind die viel diskutierten Probleme bei der Personalsuche hausgemacht: Hier kommen fast zwei Drittel der Beschäftigten kaum oder gar nicht mit ihrem Lohn oder Gehalt über die Runden. Zu wenig zu verdienen, ist aber nicht nur ein finanzielles Problem, es verursacht auch Stress und hat für die Betroffenen nachhaltige negative Folgen: Ein Fünftel derer, die kaum oder gar nicht mit ihrem Einkommen auskommen, arbeitet in mindestens zwei Jobs, fast ebenso viele fühlen sich in ihrer Arbeit wegen ihrer sozialen Stellung oder aufgrund von Äußerlichkeiten, wie etwa der Kleidung, diskriminiert. [...]

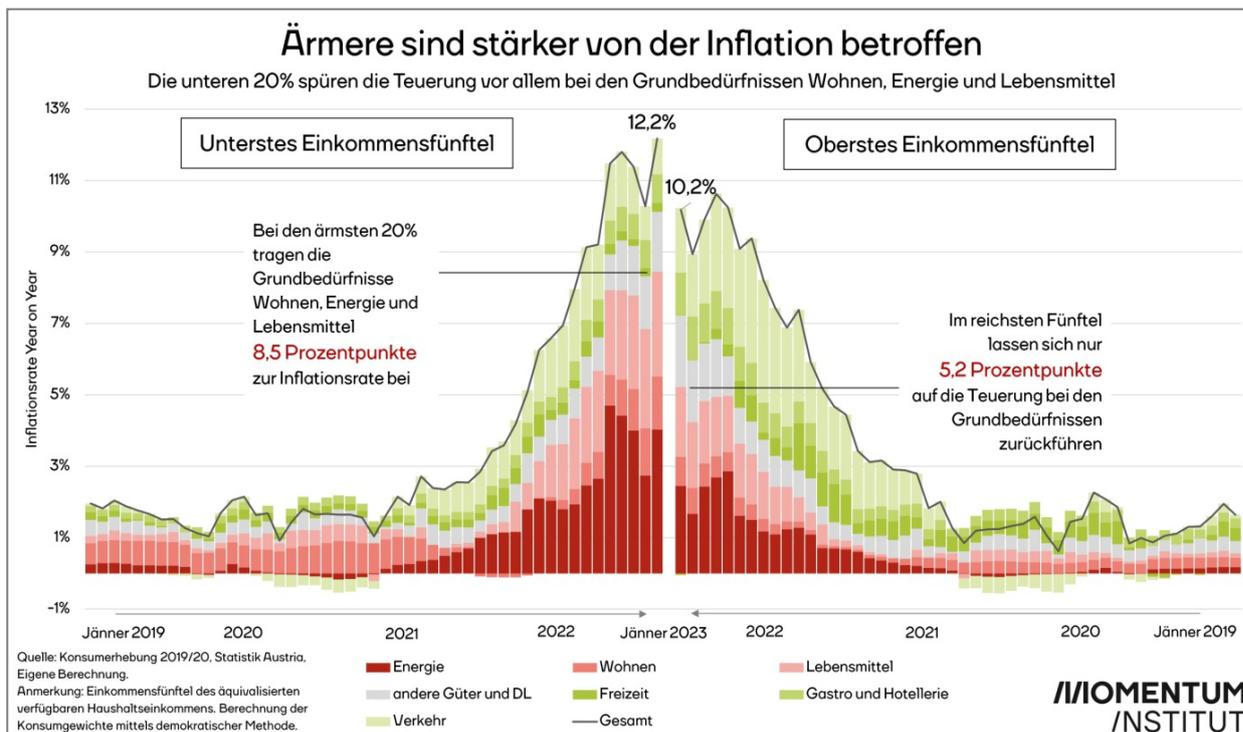
Und nicht zuletzt bezweifeln acht von zehn Menschen, die weniger verdienen, als sie zum Leben brauchen, dass sie später einmal von ihrer Pension leben können.

Quelle: *arbeitsklima.at*; SORA

COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose – COICOP): Kategorisierung zur Analyse der Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Matthias Schnetzer ist Ökonom in der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien sowie Lektor am Department für Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien.

- 3 Erklären Sie die Rolle des „Warenkorbs“ bei der Berechnung der Inflation (M1).
- 4 Beschreiben Sie die Entwicklung der Inflation in Österreich im letzten Jahr (M2) und zeigen Sie, warum der Mikrowarenkorb die „gefühlte“ Inflation besser abbildet.
- 5 Analysieren Sie mithilfe von M3 die Preistreiber bei der Inflationsentwicklung. Gehen Sie dabei besonders auf die Rolle der Energieträger (Gas, Öl) sowie des Wohnens ein.
- 6 Erarbeiten Sie anhand von M4 das Ausmaß der Armutsgefährdung und die davon besonders betroffenen Gruppen.



M5 Die Auswirkungen der Inflation hängen vom Einkommen ab

Quelle: Momentum Institut

M6 Stellungnahme einer 14-jährigen Schülerin:

Also, wir leben konstant von Krisen zu Krisen und weiteren Krisen. Also ich meine, ich bin 2008 geboren, da war die Finanzkrise, dann halt die Flüchtlingswelle, Klimakrise, natürlich auch die Coronakrise, Inflation jetzt. Und natürlich sind andere Generationen auch von vielen Krisen (betroffen), aber ich glaube, bei uns nimmt es einfach nur konstant und konstant zu und es geht immer weiter. Ich glaube, Generationen vor uns haben einfach nicht so viele Krisen auf einmal gehabt. Ich meine, ich kann es jetzt nicht so gut beurteilen, aber ja. Ich glaube, wir sind Generation Krise, jede Generation ist Generation Krise, aber ich glaube mittlerweile ist es so, dass wir einfach von der einen Krise zur anderen Krise auf einer anderen Seite kommen.

Quelle: <http://kmon.at/warte-sind-wir-generation-krise/>

Das Momentum Institut gilt als linksliberal und wird u. a. von den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer unterstützt.

M7 Der Politologe Peter Filzmaier (Donauuniversität Krems) analysiert in der Kronenzeitung:

Gas-Mangel, Teuerung, Pandemie: Die große Krise

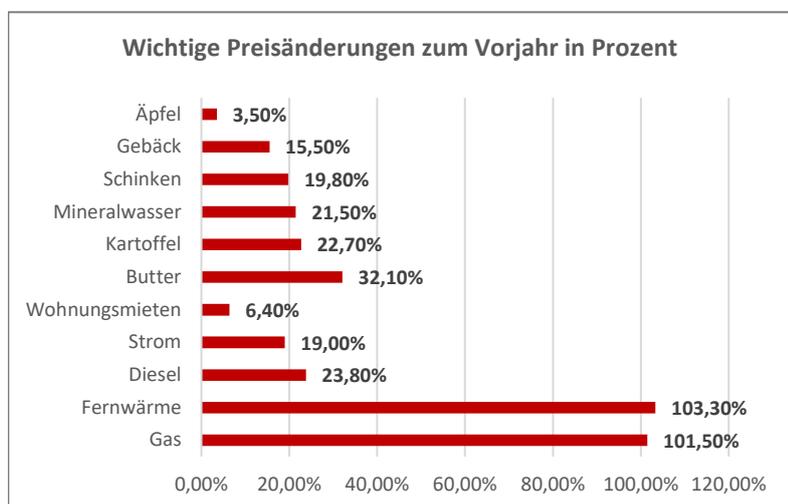
1. Politisch würde dadurch die Polarisierung unserer Gesellschaft weiter steigen, wenn große Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Forschungsdaten zeigen, dass aus Sorge- und Angstgefühlen der Bürger zunehmend Ärger und Wut werden. Anders ausgedrückt: Bisher war Wutbürger ein Medienwort für ein paar Protestierer, die besonders laut und manchmal wirr sowie stets eine kleine Minderheit waren. Nun nicht mehr.
2. Es stehen vielleicht Entwicklungen bevor, gegen die unselige Coronaaufmärsche ein vergleichsweise laues Lüftchen waren. Auch, weil gemeingefährliche Radikalinskas die Stimmungslage von ehrlich besorgten Kritikern ausnützen und missbrauchen werden. Ihnen geht es in Demonstrationen – einem zentralen Grundrecht – null um die Lösung von Sachproblemen, sondern sie wollen ausschließlich hetzen und das Land destabilisieren.
3. Reden unsere Politiker wenigstens mit uns darüber? Nein. Oder jedenfalls viel zu wenig. Das Ursprungsproblem der Krisenkommunikation in Österreich hat ausnahmsweise kein aktueller Parteimensch zu verantworten, sondern es beruht auf einem uralten Slogan sämtlicher Regierungen und Kammern zur Zukunft des Landes: „Wir machen dieses und jenes, damit es uns allen immer besser geht!“ Ja eh.
4. Doch ist der quer durch Parteien jedweder Farbe altbekannte Spruch schon lange nicht mehr zeitgemäß. In schlechten Zeiten voller Einschränkungen für die Bevölkerung fällt er uns auf den Kopf. Weil so ein Satz als ohne Bezug zur Wirklichkeit erscheint. Es wird in der Krisenzeit kurz- und mittelfristig den meisten von uns sehr viel schlechter gehen. Was sich aber angesichts von vier 2022/23 bevorstehender Landtagswahlen fast kein Politiker zu sagen traut.
5. Das Bemühen um einen immer besser werdenden Lebensstandard für wirklich alle war von den Anfängen der Zweiten Republik bis in die Siebzigerjahre ein logisches Versprechen. Es war auch kinderleicht zu halten. Im Vergleich zu den Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit nämlich. ►►

►► Ab einem gewissen Wohlstandsniveau kann es jedoch nicht ständig weiter bergauf gehen. [...]

9. Auf der privaten Ebene ist es ausgerechnet reichen Leuten problemlos möglich, die in Österreich üble Winterzeit notfalls einfach dort im Ausland zu verbringen, wo es weniger kalt und teuer ist. Was die soziale Kluft und Empörung natürlich verstärken wird. Das einstige „Koste es, was es wolle!“ aus den Anfängen der Coronapandemie, um allen zu helfen und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft zu garantieren, ist zur Leerformel geworden.

10. Jeder fragt sich bloß: „Was kostet es mich?“ – und denkt sich unausgesprochen: „Hoffentlich kriege ich es hin, dass es mich weniger kostet als die anderen!“ Das Lobbying des Nationalratsabgeordneten, Wirtschaftskammerers und Seilbahnbesitzers Franz Hörls ist das beste Beispiel dafür. Ihm zufolge müssen die Seilbahnen um jeden Preis fahren, was auch immer sonst in der Krise zugesperrt wird, wenn wir zu wenig Energie haben und nicht mehr heizen können. [...]

Quelle: Kronenzeitung, 17.07.2022



M8 Die Preissteigerungen bei ausgewählten Gütern zwischen Jänner 2022 und 2023; Stand Jänner 2023

Quelle: Statistik Austria; eigenes Diagramm

Die relativ geringere Steigerung der Strompreise ist Folge des Stromkostenzuschusses (Strompreisbremse).

- 7 Erklären Sie anhand von M5, warum die Inflation nicht alle gleich trifft und ihre Auswirkungen vom Einkommen abhängen.
- 8 Benennen Sie Produkte / Dienstleistungen, bei denen Sie seit 2022 eine Teuerung festgestellt haben. Hatte das Einfluss auf Ihre Kaufentscheidung / Konsumverhalten (z. B. „No name“-Produkt, Kaufverzicht)?
- 9 Ermitteln Sie in M7 zentrale Thesen zu den sozialen und politischen Auswirkungen der „großen Krise“.
- 10 In Punkt 5 sagt Filzmaier „Ab einem gewissen Wohlstandsniveau kann es jedoch nicht ständig weiter bergauf gehen.“ Nehmen Sie dazu Stellung. Beziehen Sie dabei auch auf die Klimakrise.
- 11 Diskutieren Sie anhand von M9 die These vom Vertrauensverlust in die Politik.
- 12 Nehmen Sie in der Kleingruppe zur These von der „Generation Krise“ (M6) Stellung.

M9 Aus einem Bericht in Der Standard:

Vertrauensverlust in die Politik

[...] das Vertrauen sowohl in das politische System als auch in dessen Akteurinnen und Akteure ist mehr als angeschlagen. Das gilt vor allem für die unteren Einkommensschichten.

Das Umfrageinstitut Sora ließ 2021 für seinen Demokratieonitor Einstellungen dazu abfragen. Die Ergebnisse sind erschreckend: Nur 18 Prozent des untersten Einkommensdrittels denken, dass Menschen wie sie „im Parlament gut vertreten“ werden. In der Mittelschicht und der obersten Einkommensklasse denkt das immerhin noch die Mehrheit der Befragten.

Aber auch dort bricht das Vertrauen weg: Meinten im Jahr 2020 noch 70 Prozent der Mittelschicht, das politische System in Österreich funktioniere sehr oder ziemlich gut, dachten das Ende 2021 nur mehr 42 Prozent. Der Zuspruch zur Demokratie als Regierungsform ist allerdings noch sehr stabil, diese wurde von fast neunzig Prozent der Befragten präferiert. Auffällig ist, dass unter den zehn Prozent, die die Demokratie ablehnten, vor allem die Kritik an Corona-Maßnahmen als wichtigstes Anliegen gilt.

Mehr Zahlen gefällig? Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse zeigte im Juni 2022, dass nur 18 Prozent der Befragten der Regierung und nur 22 Prozent der Opposition vertrauen. Groß sei die Sehnsucht nach parteipolitischen Alternativen, hieß es unter den Befragten.

Gibt es sie also wirklich, die „gesamtgesellschaftliche Spaltung“? Realpolitisch besteht die Gefahr, dass das politische System auf den Vertrauensverlust nicht mit schlaun Lösungen für die breite Bevölkerung reagiert, sondern vor den extremen Positionen einer sehr kleinen und sehr lauten Minderheit einknickt. Deren radikale Ansichten fließen so langsam in den politischen Diskurs ein: Etwa indem die ÖVP Angst hat, Stimmen an die FPÖ oder die die Maßnahmen ablehnende und verschwörungsmächtig angehauchte MFG zu verlieren.

Quelle: Der Standard, 06.08.2022

Kalte Progression: Wenn die Löhne jedes Jahr um die Inflationsabgeltung steigen, aber die für die Lohnsteuer maßgeblichen Tarifstufen gleichbleiben, rücken von Jahr zu Jahr immer mehr Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer in höhere Tarifstufen vor. Die Steuereinnahmen des Staates wachsen.

WIFO: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; größtes außeruniversitäres Wirtschaftsforschungsinstitut Österreichs; erstellt Analysen und Expertisen zu wirtschaftspolitischen Fragen.

M10 András Szigetvari in der Tageszeitung Der Standard zu den Maßnahmen der Regierung:

Falscher Geldregen für alle

Die Freude in der Regierung ist groß. Die Auszahlung des Klima- und Anti-Teuerungs-Bonus wird vorgezogen, für jeden Erwachsenen gibt es im September 500 Euro, für Kinder 250 Euro. Dabei ist Jubel nicht angebracht. Die ganze Aktion kostet mehr Geld als notwendig und birgt die Gefahr, die Inflationskrise noch ein Stückchen zu verschärfen.

Zunächst sind Politikerinnen und Politiker dafür gewählt, zu gestalten. Sie sollen schwierige Abwägungen dazu treffen, wo der Staat zu investieren hat, wer mehr und wer weniger Steuern bezahlen soll, wer Hilfe braucht und wer nicht. [...]

Nun ist richtig, dass der Staat etwas tun muss, denn die Teuerung bringt ärmere Haushalte in Existenznot, und die Mittelschicht verliert an Kaufkraft. Im Entlastungspaket der Koalition gibt es aber gezieltere Maßnahmen für diese Gruppe. Wozu noch einmal für alle etwas draufgelegt wird, ist unklar, zumal das den Konsum verstärkt und somit die Preise weiter treiben kann. Die Inflationskrise wird lange dauern – das jetzt ausgegebene Geld werden wir später noch brauchen.

Quelle: Der Standard, 25.08.2022

Die Reaktion der Politik

Angesichts der hohen Inflation und der stark gestiegenen Energiepreise wächst der Druck auf die Regierung für entsprechenden Maßnahmen zur sozialen Abfederung, insbesondere für jene Gruppen, die schon jetzt von Armut und Ausgrenzung betroffen sind (siehe M5): Das sind strukturelle Maßnahmen (Abschaffung der **kalten Progression**, Anpassung der Sozialleistungen an die Inflation), aber auch Einmalzahlungen (Energiegutschein, Teuerungsausgleich für Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher sowie kleine und mittlere Pensionen, Klimabonus, Familienbonus, Energiegutschein, Teuerungsbonus, Stromkostenzuschuss). Außerdem gab es Kampagne zum Energiesparen (– 11%). Gewerkschaften und Teile der Opposition fordern zudem eine Deckelung der Strompreise, die Reduktion der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel oder auch Treibstoff. Einige dieser Maßnahmen gelten als wenig treffsicher und sind daher umstritten. Zuletzt wurde die Frage eines Mietpreisdeckels intensiv diskutiert.

Die Lohnverhandlungen waren und sind schwierig. Während die Gewerkschaften eine Abgeltung der Inflation fordern, sind die Betriebe ihrerseits mit steigenden Rohstoff- und Energiekosten konfrontiert. Für Österreich ungewohnt gab es am 28. November 2022 sogar einen 24-stündigen Bahnstreik. Inzwischen wurden in den meisten Branchen gute Abschlüsse erzielt; massive Streikbewegungen wie in England oder auch Deutschland blieben aus.

„Übergewinne“ von Energiekonzernen besteuern?

Nach Präsentation der Halbjahresbilanzen von großen Energiekonzernen (z. B. Chevron, Shell oder in Österreich OMV und Verbund), die satte Gewinnsteigerungen (30 bis 40 % oder mehr) aufwiesen, wurde der Ruf nach einer Besteuerung der sogenannten Übergewinne laut. Die Mittel aus einer solchen Steuer sollten zur Stützung der Energiepreise verwendet werden. Diese Maßnahme ist EU-weit umstritten. In Österreich wird sie u.a. von der Wirtschaftskammer und der ÖVP abgelehnt. Gewerkschaften und SPÖ sowie Sozialinitiativen fordern eine solche Maßnahme.

Kritik an Einmalzahlungen

5,7 Milliarden Euro gab die Regierung 2022 für Maßnahmen gegen die Teuerung aus und erhöhte damit auch das Budgetdefizit und die Zinsbelastung. Damit wurden – so Gabriel Felbermayr vom **WIFO** – „soziale Schieflagen“ verhindert, durch Einmalzahlungen aber auch die Inflation angeheizt, wie Vergleiche mit anderen EU-Ländern zeigen. Auch die mangelnde Treffsicherheit von Einmalzahlungen wird kritisiert.

M11 Gabriel Felbermayr zum Mietkostenzuschuss in einem Tweet:

(1/2) Bedauerlich. Ich dachte, mittlerweile wäre verstanden, dass immer neue Cash-Transfers zwar soziale Härten abfedern können, aber die Inflation nicht dämpfen, sondern sogar befeuern.

(2/2) Wir brauchen dringend den Ausstieg aus der Preisspirale. Die Mietpreisbremse wäre ein erster Einstieg gewesen. Wo sind alternative, realistische Vorschläge, die rasch zum 2%-Ziel zurückführen? Sture Inflationsindexierung führt zwangsläufig zu persistent hoher Inflation.

Quelle: Felbermayr, Twitter, 22.03.2023

Meinung bilden und politische Urteile fällen

Nach langer Debatte beschloss der Nationalrat vor Ostern ein Gesetz zur Auszahlung einer einmaligen Wohnkostenbeihilfe – gegen die Wünsche des Grünen Koalitionspartners erteilte die ÖVP dem Modell einer Mietpreisbremse eine Absage. Eine solche hatte z. B. Spanien eingeführt und damit die Inflation gedämpft. In Österreich steigen daher die Richtwertmieten (hauptsächlich Altbauwohnungen) ab April um 8,6 %.

M12 Hätte die Regierung stärker in die Mietpreise eingreifen sollen?

Pro: Teurere Mieten sind kein Naturgesetz

Bei der Bekämpfung der Teuerung war Österreich im vergangenen Jahr eines der großzügigsten EU-Länder. Insgesamt investierte der Staat 32 Milliarden Euro in Entlastungsmaßnahmen. Demgegenüber stehen hierzulande knapp zwei Millionen Menschen, die im Frühjahr mit Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Wohnung rechnen. Dabei gibt es eine Nicht-Gießkannen-Option, die gerade diese Gruppe treffsicher unterstützen würde: eine Mietpreisbremse für den gesamten Wohnungsmarkt.

Steigende Mieten belasten diejenigen mit niedrigem Einkommen am stärksten: Sie geben anteilmäßig am meisten für Wohnen und Energie aus. Bis zu drei Mal mussten Mieter im vergangenen Jahr mit „Mietpreisanpassungen“ rechnen. Die gestiegenen Kosten für Energie mussten sie obendrauf selbst stemmen. 80 Prozent der Einnahmen aus Mieten kommen hingegen dem reichsten Zehntel zugute.

Bisher bewirkte die hohe Inflation ungebremst höhere Mieten. Diese verstärken wiederum die Inflation. Dabei zeigen Vorbilder wie Spanien, dass der Effekt kein Naturgesetz ist. Intelligente Eingriffe in den Markt bescherten Spanien eine wesentlich mildere Teuerungsrate. Vielleicht wäre Österreich mit einer Mietpreisbremse heuer nicht mehr unter den großzügigsten Ländern, dafür aber unter den effizientesten. (Isadora Wallnöfer) ▶▶

Quelle: Der Standard

►► Kontra: Die Bremse bremst an der falschen Stelle

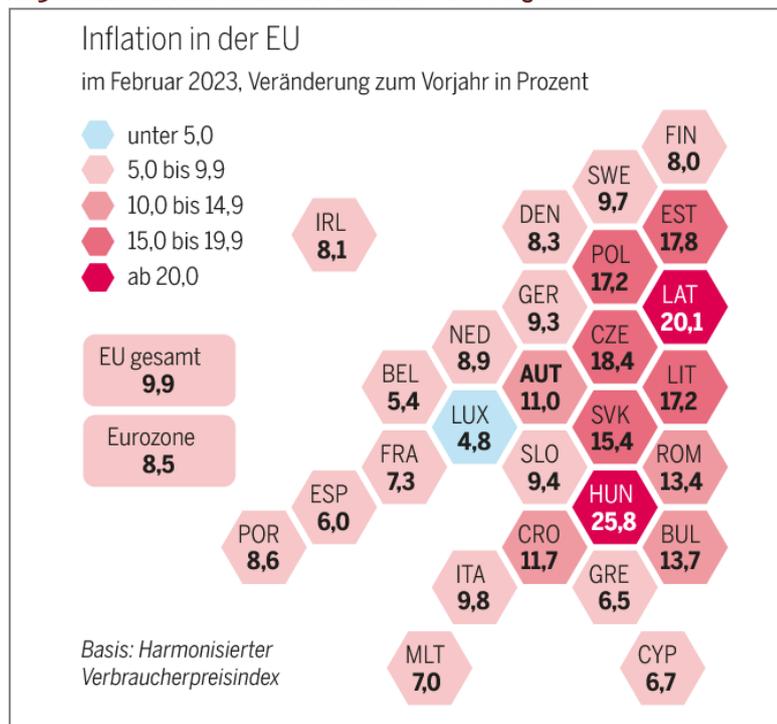
Wohnraum ist in vielen Regionen Österreichs zu teuer, das steht außer Frage. Eine Mietpreisbremse mag das Problem kurzfristig kaschieren, unbehandelt lässt sie aber dessen strukturelle Ursache: zu wenig Wohnangebot. Können Mieten kaum mehr angepasst werden, verstärkt das den Anreiz, Immobilien erst gar nicht auf den Markt zu bringen. Der grassierende Leerstand nimmt dann weiter zu, Verknappung von Mietobjekten treibt die Preise an – wie in Berlin, das einen entsprechenden Deckel 2020 eingeführt hatte.

Langfristig nehmen Investoren von Neubauten Abstand. Werden dann gemeinnützige Gesellschaften und die öffentliche Hand einspringen und dringend benötigten Wohnraum schaffen? Wohl kaum. Wien etwa, die selbsternannte Hochburg des Gemeindebaus, begann erst 2015 wieder – nach über einem Jahrzehnt Pause – mit dem Neubau von Gemeindewohnungen. Mit dem enormen Bedarf kann dies keineswegs Schritt halten. Zudem schreibt die städtische Wohnungsverwaltung Jahr für Jahr über 800 Millionen Euro Verlust – was das Modell wenig attraktiv macht.

Was es braucht, sind daher Anreize für Private, in Baumaßnahmen zu investieren und Wohnungen nicht leer stehen zu lassen. Und keine Bremse, die den hochnotwendigen Wohnbau zum Stillstand bringen würde. (Michael Windisch)

Quelle: Der Standard

M13 Inflationsraten in den EU-Staaten – ein Vergleich



Quelle: Die Presse, 17.03.2023

- 13 Erörtern Sie die Anti-Teuerungsmaßnahmen der Regierung im Hinblick auf soziale Treffsicherheit und Inflationsbekämpfung. (M10, M11)
- 14 Ermitteln Sie in M12 die jeweiligen Argumentationslinien. Bilden Sie sich ein Urteil über die Problematik von Mietpreisdeckel vs. Mietkostenzuschuss auf Antrag.
- 15 Vergleichen Sie die Inflationsraten in der EU. (M13)

OPEC: Organization of the Petroleum Exporting Countries; 1960 gegründet; Sitz in Wien, 12 Mitglieder; Ziel ist es, Fördermengen zu regulieren, um dauerhaft gute Einnahmen aus dem Verkauf von Rohöl zu erzielen. In Krisenzeiten üben die Industriestaaten, allen voran die USA, z. B. Druck auf Saudi-Arabien aus, die Fördermengen zu erhöhen, um die Preise zu senken.

M14 Die Wissenssammlung des austria-forums beschreibt die Alltagsfolgen der damaligen Krise:

Tempolimits* und autofreie Tage waren die Maßnahmen der ersten Stunde. Ab 14. Jänner 1974 [...] musste in Österreich ein „Pickerl“ an die vordere Windschutzscheibe jedes Pkw geklebt werden, um selbst festzulegen, wann man jede Woche seinen „autofreien“ Tag haben wollte, das Auto also zu Hause ließ. [...] Die Inflation stieg, es kam zur Rezession, der Begriff „**Stagflation**“ kam damals auf – Inflation bei gleichzeitiger Stagnation. Es kam zu Kurzarbeit und auch die Arbeitslosigkeit stieg an. Natürlich stieg auch der Preis für Heizöl rasant an, von 2,80 Schilling auf 7 Schilling pro Liter, also umgerechnet von 20 Cent auf 51 Cent. Um Energie zu sparen, wurden zusätzlich im Februar die sogenannten „Energieferien“ eingeführt. Durch die Schließung der Schulen im ganzen Land hoffte man, Heizkosten zu sparen. Die Tourismusbranche erkannte dabei schnell ihre große Chance, nun als Mehrwert im besucherärmeren Winter ihre Hotelbetten zu füllen. Sogar der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky wollte einen persönlichen Beitrag zum Energiesparen leisten und riet den österreichischen Männern zur Nassrasur, statt elektrische Rasierapparate zu verwenden. Eine Spätfolge dieser ersten Ölkrise erleben wir aber heute noch, auch wenn sie derzeit vor der Abschaffung steht – die europaweite Einführung der Sommerzeit.

Quelle: austria-forum

**Diese wurden bald wieder ausgesetzt.*

Ein Blick zurück – die Ölpreisschocks in den 1970er Jahren

Ähnliche hohe Inflationsraten wie derzeit gab es zuletzt vor 50 Jahren. 1974 betrug der Preisanstieg kurzzeitig 9,4 %, bei einzelnen Waren lag er – so wie jetzt auch – darüber. Ausgelöst wurde der Preisanstieg durch den sogenannten „Ölschock“, eine rasche Verteuerung der Preise für Rohöl, dem zentralen Energieträger der Nachkriegszeit, als Folge des Jom-Kippur-Kriegs im Oktober 1973.

M15 Lexikoneintrag des hdgö (Haus der Geschichte Österreichs):

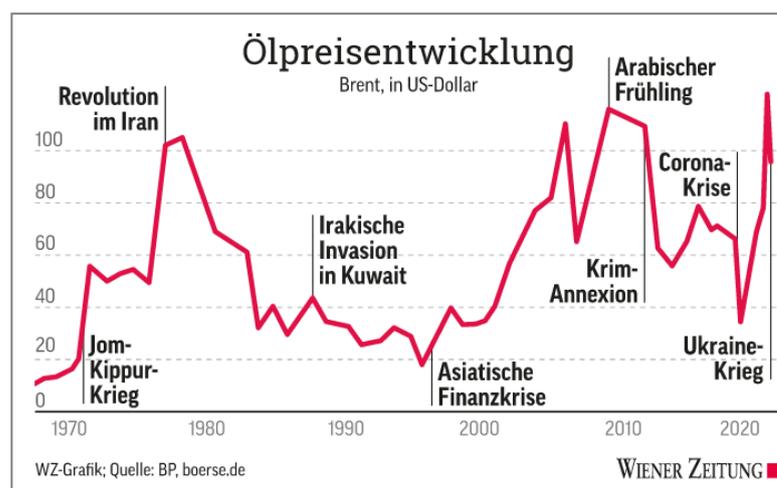
Am 17. Oktober 1973 erhöhte die Gemeinschaft der erdölfördernden Länder **OPEC** den Preis für Rohöl drastisch und drosselte die Förderung. Diese preispolitische Maßnahme war eine Reaktion auf die israelfreundliche Politik der westlichen Industriestaaten während des Jom-Kippur-Kriegs. Die zweite Ölpreiskrise wurde 1979/80 ausgelöst durch Preissteigerungen als Reaktion auf die wachsende Verunsicherung in bedeutenden Ölförderländern im Zuge der Islamischen Revolution in Iran und dem folgenden Ersten Golfkrieg.

War günstiges Öl zuvor selbstverständlich, wurden durch die Embargos die Abhängigkeit von Erdöl und die Grenzen des Wirtschaftswachstums vor allem in Westeuropa und den USA aufgezeigt. Kündigte sich 1973 bereits ein Ende jahrzehntelanger Wohlstandssteigerung an, stellte 1979 endgültig einen wirtschaftlichen Einschnitt dar. Die Krisen lösten u.a. ein Umdenken in Fragen der Energieversorgung zugunsten der Kernenergie aus.

In Österreich wurden vor allem nach der ersten Ölpreiskrise wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen. Der sogenannte „Austro-Keynesianismus“ unter Bundeskanzler Bruno Kreisky zielte auf Vollbeschäftigung und Stabilität, u.a. durch staatliche Investitionen, auf Kosten des Staatshaushalts ab.

Quelle: hdgö

Die Entwicklung der Rohölpreise hatte auch in weiterer Folge einen gravierenden Einfluss auf die Weltwirtschaft, wie folgende Infografik zeigt.

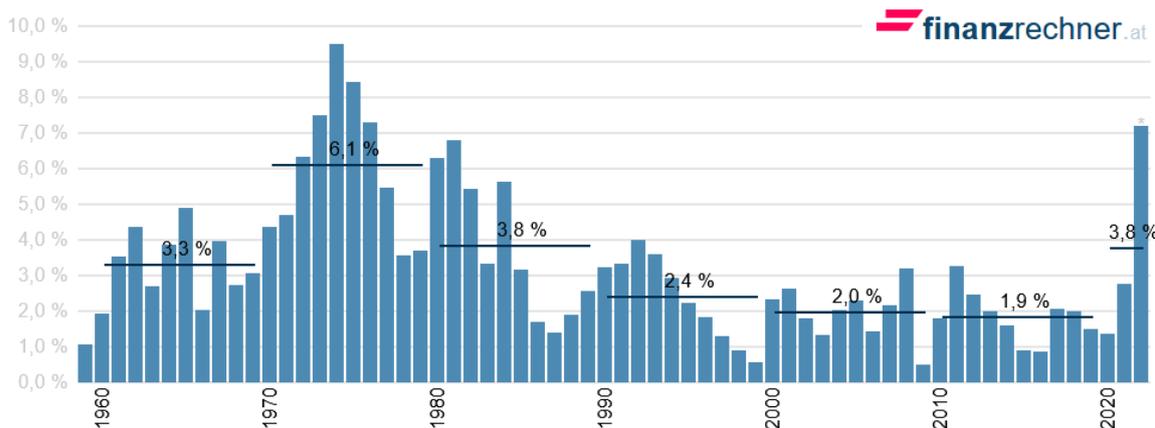


M16 Infografik: Der Zusammenhang von Ölpreisentwicklung und politischen und wirtschaftlichen Krisen

Quelle: Wiener Zeitung

In den Industrieländern führte der „Ölschock“ zu Energiesparmaßnahmen (effizientere Motoren, thermische Sanierung) sowie der Förderung von erneuerbaren Energien, aber auch den Bau von Atomkraftwerken wie Zwentendorf, das nach einer Volksabstimmung nicht in Betrieb ging.

Historische Inflationsraten in Österreich



* Berechnung von Finanzrechner.at - Stand: August 2022
CPI, Verbraucherpreisindex; Quelle: OECD, STATISTIK AUSTRIA

M17 Die Entwicklung der Inflationsraten in Österreich seit 1960*;

Quelle: finanzrechner.at

Inflation nach den Weltkriegen

Vor allem in den Jahren nach den beiden Weltkriegen war die Inflation äußerst hoch: 1947 lag sie bei 97,4 %, 1948 betrug sie 52,4 %. In den Folgejahren sank sie dann ab. Treiber der Inflation war damals das mangelhafte Angebot an Waren. Der Marshallplan läutete schließlich eine Phase der Prosperität ein, die bis in die 1970er Jahre dauerte.

Auch die Anfangsjahre der Ersten Republik waren von einer massiven Wirtschafts- und Umstellungskrise geprägt. Die Inflation wurde 1922 zur Hyperinflation: Sie erreichte ihren Höhepunkt im August 1922 mit einer Inflationsrate von 129 %. Kostete ein Laib Brot 1914: 1/2 Krone, mussten 1922 6600 Kronen dafür bezahlt werden.

M18 Aus einer Studie der Österreichischen Nationalbank:

Vom Ende des Krieges bis zum Beginn der Hyperinflation ging die Geldentwertung im Tempo der Kriegszeit weiter. Bis in den Herbst 1921 blieb der Inflationsprozess auffallend stabil: Im August 1921 lag der Preisindex bei 124 (Juli 1914 = 1), im September 1922 aber schon bei 14.153. In der einjährigen Periode der Hyperinflation stieg das Preisniveau etwa im gleichen Ausmaß an wie in den sieben vorangegangenen Jahren zusammen.

Quelle: ÖNB

Erst die sogenannte Genfer Sanierung und die Einführung des Schillings (siehe *Weltgeschehen 7/8*, S. 51) beendeten die Hyperinflation – zum Preis von Einsparungen bei Sozialausgaben, Massenentlassungen und politischer Polarisierung.



M19 Notgeld aus der Zeit nach dem 1. Weltkrieg, Fotografie, 2023

Stagflation: das gleichzeitige Auftreten von wirtschaftlicher Stagnation (hohe Arbeitslosigkeit) und Inflation zu verstehen. Das Phänomen der Stagflation ist im Zuge der Ölpreisschocks der 1970er Jahre aufgetreten.

Nach: Gabler Wirtschaftslexikon

- 16 Analysieren Sie anhand von M16 den Zusammenhang zwischen Ölpreisentwicklung, Kriegen und Wirtschaftskrisen.
- 17 Vergleichen Sie die Inflationsraten in den einzelnen Jahrzehnten seit 1960 (M17). Erklären Sie einzelne Ausreißer nach oben wie nach unten.
- 18 Vergleichen Sie ausgehend von M14 und M15 die Auswirkungen und die Maßnahmen der Regierung gegen die Inflation und die Energiekrise.
- 19 Diskutieren Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Inflationskrisen der 1970er Jahre und der aktuellen Inflation. Gehen Sie dabei vor allem auf die Klimakrise ein.

*Anm.: In den letzten Jahren verfolgte die Europäische Zentralbank ein Inflationsziel von um die 2 %.

Bildquellen und Materialien

- M1 https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pko301
- M2 zit. nach: <https://www.diepresse.com/6264396/109-prozent-inflation-in-oesterreich-bleibt-deutlich-ueber-eu-schnitt>
- M3 <https://pbs.twimg.com/media/FruY8mGWcAATdRE?format=jpg&name=4096x4096>, veröffentlicht auf Twitter; <https://twitter.com/matschnetzer/status/1638072455192276994>
- M4 https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2022-11_AK_-_Arbeitsklimaindex_4_22.pdf
- M5 https://www.momentum-institut.at/sites/default/files/styles/artikel_full_med/public/2023-02/armere-sind-starker-von-der-inflation-betroffen-beitrage-nach-einkommensfunfteln-momentum-institut.jpg.webp?itok=_ZHYHIE
- M6 <http://kmon.at/warte-sind-wir-generation-krise/>
- M7 <https://www.krone.at/2762169>
- M8 <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/02/20230223VPIJaenner2023.pdf>
- M9 <https://www.derstandard.at/story/2000138082180/rechtsextreme-netzwerke-planennach-corona>
- M10 <https://www.derstandard.at/story/2000138540368/inflationskrise-falscher-geldregen-fuer-alle?ref=rss>
- M11 <https://twitter.com/GFelbermayr/status/1638518581141831682>
- M12 <https://www.derstandard.at/story/2000143786438/pro-kontra-mietpreisbremse>
- M13 <https://www.diepresse.com/6264396/109-prozent-inflation-in-oesterreich-bleibt-deutlich-ueber-eu-schnitt>
- M14 https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Damals_in_der_Steiermark/Ein_Pickerl_f%C3%BCr_den_autolosen_Tag
- M15 <https://www.hdgoe.at/oelpreiskrisen>
- M16 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/2143648-Ein-Pickerl-gegen-die-Energiekrise.html>
- M17 <https://finanzrechner.at/statistik/inflation#historisch>
- M18 Kernbauer, Hans: Geschichte der österreichischen Nationalbank von 1923-1938; hg. von der Österreichischen Nationalbank, Wien 1991, S. 30. Online Unter: https://www.oenb.at/dam/jcr:94777e68-cof4-4237-ae80-91cea1bfd83e/Kernbauer%203-1_W%C3%A4hrungspolitik%20in%20der%20Zwischenkriegszeit.pdf
- M19 Autorenfoto

Definition Inflation: <https://www.politik-lexikon.at/inflation/>

Definition Mikrowarenkorb: <https://www.oenb.at/Service/Glossar.html?letter=M>

Definition Stagflation: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/stagflation-45364>

Letzte Aufrufe: 28.03.2023

Zusätzliche Online-Materialien

Aufstellung der Antiteuerungsmaßnahmen der österreichischen Bundesregierung:

<https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Steuerentlastung-und-Teuerung.html>

<https://www.bmf.gv.at/public/informationen/energiekosten-abfederung.html>

https://www.oesterreich.gv.at/themen/steuern_und_finanzen/sonstige_beihilfen_und_foerderungen/entlastungspaket.html

WissenPlus: Die Inflation mit der Österreichischen Nationalbank verstehen; online unter: <https://journal.hoelzel.at/wissenplus-inflation/Inflation-verstehen>

PIA-App der Österreichischen Nationalbank: online unter: <https://insert.schule.at/unterrichtsbeispiele/geld/inflation-verstehen-die-pia-app-der-oenb>

Schleichende Geldentwertung – was geht mich das an? – DIE ZEIT: Inflation 2022/23 Unterrichtssequenz; online unter: <https://www.zeitfuerdieschule.de/content/uploads/2022/12/Unterrichtsmaterialien-FlossbachvS-Inflation.pdf>

Die Gründe und Auswirkungen der Inflation in Österreich; Videoclip von Krone TV: online unter: https://www.youtube.com/watch?v=B_3ioYenTqc